

Wahlprüfstein Netzwerk gerechter Welthandel

Thema 1: Handelsmandate

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mandate für Handelsverhandlungen, die älter als 5 Jahren sind, ausgesetzt und im Sinne des Green Deals und der SDGs überprüft werden?

Handelsverhandlungen sind dynamische Prozesse, und ihre Inhalte, einschließlich der Nachhaltigkeitskapitel, können während der Verhandlungen angepasst werden. Zum Beispiel laufen Verhandlungen mit Indonesien bereits seit 2016, und das Nachhaltigkeitskapitel ist noch nicht abschließend verhandelt. Dies zeigt, dass die Verhandlungsprozesse die notwendige Flexibilität bieten, um aktuelle Themen und Ziele wie den Green Deal und die SDGs einzubeziehen. Das Mandat für die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland aus dem Jahr 2018 etwa zeigt auch, dass es möglich war, im Laufe der Verhandlungen ambitionierter zu werden, ohne dass das Mandat aktualisiert werden musste. Im Ergebnis zeigt sich dort ein umfassendes Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung.

Thema 2: Einbeziehung EU-Parlament Handelspolitik

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Europaparlament bei der Entwicklung, Verabschiedung und Umsetzung neuer Handelsabkommen stärker einbezogen und im Sinne des Trilogs stärker beteiligt wird?

Das Europäische Parlament sollte eine formelle Rolle bei der Genehmigung des Mandats eines Handelsabkommens erhalten. Eine solche Rolle ist bisher nicht vorhanden, aber das Europäische Parlament konnte den endgültigen Texten von Handelsabkommen auf diese Weise stärker mitwirken. So enthält beispielsweise das Handelsabkommen zwischen der EU und Chile dank des Drucks aus dem Europäischen Parlament ein Kapitel über Handel und Gleichstellung. Außerdem kann in Form von Dialogen mit Interessensgruppen auf Probleme bei der Umsetzung hingewiesen werden. Bei der Aushandlung von Rechtsvorschriften, den so genannten Trilog-Verhandlungen, ist das Europäische Parlament bei der Entscheidungsfindung bereits gleichberechtigt mit dem Rat.

Thema 3: Sonderklagerechte

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine Abkommen mit Sonderklagerechten für Investoren mehr geschlossen werden?

In neuen EU-Handelsabkommen, wie beispielsweise jenen mit Kanada oder Neuseeland, wurde bereits ein alternativer Streitbeilegungsmechanismus zu Sonderklagerechten eingeführt. Dies hat das traditionelle Schiedsverfahren abgelöst. Dieses neue Investitionsgerichtssystem (ICS), das an die Stelle von ISDS getreten ist, ist ein Schritt nach vorn, wenn es um das Recht auf Regulierung und die Verbesserung der Transparenz und von Bestimmungen wie faire und gerechte Behandlung geht.

Thema 4: Anti-Korruptionsmaßnahmen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anti-Korruptionsmaßnahmen Register bei der EU eingerichtet werden, die Korruptionsvorgänge mit Beteiligung von europäischen Staaten und ihren Rechtssubjekten in Handelspartnerstaaten weltweit erfassen und öffentlich dokumentieren?

Es ist richtig, dass europäische Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung mehr Aufmerksamkeit erhalten sollten, damit sie sich auch positiv auf die EU-Handelspolitik auswirken können.

Thema 5: EU-Mercosur

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das EU-Mercosur-Abkommen, das vor allem wegen seiner Auswirkungen auf das Klima, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte in der Kritik steht, nicht ratifiziert wird?

Mit einem Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur könnten auch Vereinbarungen über die Umsetzung, Überwachung und Durchsetzung von Arbeits-, Umwelt- und Klimafragen einhergehen. In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, dass sich die EU und die Mercosur-Länder auf einen Fahrplan mit konkreten Schritten und Meilensteinen zur Verbesserung der Situation in den Bereichen Arbeit und Umwelt einigen. Wir benötigen einen ganzheitlichen Blick darauf, wie das Handelsabkommen, mögliche Zusatzvereinbarungen sowie unilaterale Rechtsvorschriften (z. B. zur Entwaldung) dazu beitragen können, die Klima- und Menschenrechtsziele zu erreichen.

Thema 6: Doppelstandards

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Wirkstoffe und Produkte, die in der EU nicht erlaubt oder explizit verboten sind, nicht mehr exportiert werden dürfen?

Ja, wir wollen uns dafür einsetzen. In den Nachhaltigkeitskapiteln der EU-Handelsabkommen gibt es bereits Bestimmungen, die den Handel mit bestimmten toxischen Stoffen untersagen. Zudem unterstützen internationale Abkommen, wie das Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, das Bestreben, den Export solcher Produkte zu unterbinden. Diese Regelungen sollten weiterhin gestärkt und konsequent umgesetzt werden, um sicherzustellen, dass keine gefährlichen oder verbotenen Substanzen aus der EU in andere Länder gelangen.

Thema 7: Durchsetzung Nachhaltigkeit

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Handelsabkommen, die im EU-Parlament zur Abstimmung gebracht werden, rechtlich verbindliche, sanktionsbewehrte Bestimmungen zu Menschenrechten, Umwelt- und Klimazielen enthalten?

Unsere Handelspolitik sollte dann als erfolgreich gelten, wenn sie auch nachhaltiges Wirtschaften sowohl in Europa als auch in unseren Partnerländern fördert. Dies erfordert eine verantwortungsvolle Unternehmensführung und eine genaue Untersuchung der Ursachen für bestehende Missstände. Es ist sinnvoll sich für rechtlich verbindliche und sanktionsbewehrte Bestimmungen zu Menschenrechten sowie zu Umwelt- und Klimazielen einzusetzen.

Thema 8: Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens, eine selbstbestimmte Industriepolitik fördern, die zur regionalen Integration sowie zur Ernährungssouveränität beitragen, so dass diese gegenüber den Folgen des Klimawandels widerstandsfähig werden?

Wir unterstützen, dass Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens eine selbstbestimmte Industriepolitik fördern können, die nicht nur zur regionalen Integration beiträgt, sondern auch die Ernährungssouveränität stärkt und diese Länder gegenüber den Folgen des Klimawandels widerstandsfähiger macht. Moderne Handelsabkommen sollten über den einfachen Rohstoffexport hinausgehen und gezielt Investitionen in lokale und insbesondere grüne Infrastrukturen fördern. Ein Beispiel hierfür sind laufende Verhandlungen mit Indonesien, bei denen aktiv Lösungen gefördert werden, die den Aufbau von Weiterverarbeitungsstrukturen für Nickel vorantreiben.